

Wir sind in entscheidender Lage die Frage der Souveränität über das Rheinland und die Wiederherstellung der Freiheit des Ruhrgebietes. Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben.

Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgeführt, er wolle die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schwebenden theoretischen Rechten vor. Er beschwört nicht, Forderungen gegen allgemeine Garantien auszusprechen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die in der Vorlesung gebracht hätte, zu den Garantien gehörten, welche der Versailler Vertrag den Alliierten auf den Gesamtbesitz des Rheines und der Länder abgab. Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten mag ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag hätte für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder, was ich in meinen Darlegungen voranschlagen habe, betraf die unmittelbare Finanzierung des privaten Besitzes und nicht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese

### Heranziehung des privaten Besitzes

den realisierbaren Bestand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies juristisch nicht sind. Wenn auf Reichs- und Privatbesitz als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als ein reales und mobiles Objekt in eine Treuhandgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Forderungen an den Staat würden der Treuhandgesellschaft zustehen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsentriebsmittel durch Ausgabe von Obligationen Anleihen aufzunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit stichend zu machen wären.

Eine derartige Lösung ist überflüssig, wenn theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Forderung. Sie ist frei von jeder Zweifelhaftheit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt wären. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung

### Die Wiederherstellung Deutschlands über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland.

Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinlande die alten Rechte wiederhergestellt werden. Wir man uns die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr keine Demut nennt, frei der Demut wiedergehen wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einfließende Wirtschaftsgut seiner alten Heimatskreisläufe zurückzugeben. Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung. Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtigt, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Uebereinstimmung. Belangen würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich beachten, und wir sind überzeugt davon, daß auch die Auffassung Italiens sich in der gleichen Richtung bewegen wird. Nur uns ist die Frage

### ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung zu tragen können.

Wir wissen, in welcher schwerer Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Gewissheit darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind, in der Weise, die uns die Ausführung der heute von uns vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird. Wenn es um die Entscheidung geht, zwischen Freiheit des Landes oder Besitz des einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einstellt als jene überaus glückliche Wirtschaft, die durch Eingabe ihres Vermögens als Pfand für den Staat Frankreich die Abtragung einer großen Kriegsschuldung ermöglichte, und die hundert Jahre gebraucht hat, um die Verbindlichkeiten zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel väterländischer Pflichterfüllung gegeben hat. Kronprinz Rupprecht von Bayern hielt kürzlich in München eine Rede, in der sich auch folgender Satz findet:

Es handelt sich nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Ländern, und es handelt sich darüber hinaus auch nicht um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das Leben und Sterben des deutschen Volkes.

Angend eine Vereinbarung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt.

Es ist möglich, daß es eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkte aus beantworten kann; jedenfalls ist sie notwendig. Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der sich nach dem Siege 1870/71

### Die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland

wieder geregelt worden sind, und hat mir empfohlen, die Korrespondenz zwischen Thiers und dem Grafen Saint-Basile mit dem Feldmarschall v. Manteuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohl bekannt, und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß Deutschland als offizierende Macht nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderleben von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen in sich trägt.

Graf Saint-Basile schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers am 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frankreich gegenüber loben müsse, der ihm von seiner Weisung mehr als eine Probe gegeben habe, und der unter hartem Druck seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Baranienlagern untergebracht habe, um die französische Bevölkerung zu schonen. Dem deutschen Generalfeldmarschall behühet, wie Graf Saint-Basile in einem anderen Briefe vom 21. September 1873 berichtet, eine solche aufrichtige Dankbarkeit in den französischen Annalen. Die Art der Wiedererfassung der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem fürchterlichen Kriege tritt vielleicht noch mehr als in diesem Freiwortwechsel in den Memoiren des ersten Vorkämpfers der französischen Republik in Berlin, de Soubert, zutage, der fortgesetzt in der Lage war, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges die Ära des Friedens folgen zu lassen. Bei der Austrittsdeklaration des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen fiel die Aeußerung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende. Jetzt gilt es, den Frieden zu erhalten.“ Man will den Frieden, so klingt es aus den Berichten des Botschafters nach Paris wieder. Und von dem Fürsten Bismarck sagt Thiers in einem Briefe an den französischen Botschafter mit Recht, daß große Weisheit ein gewisses Maß von Gerechtigkeit befehlen, das bei abtönenden Weisheiten unangebracht ist. Und wenige Tage darauf legt er diesen Gedanken durch die damalige Politik des deutschen Reichskanzlers fort mit den Worten: „Danken Sie Herrn v. Bismarck, daß er auf unsere Wünsche eingegangen ist. Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der weitestgehenden Befriedigung der nationalen Leidenschaften als der besten Garantie für den Frieden.“

Und ein letztes Blatt aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister de Mauguet an seinen Botschafter in Berlin: „Wir werden nun soweit wie möglich in unseren allfälligen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe einbringen lassen und bewahren, was wir immer ausgesprochen haben, daß die Räumung des Gebietes erst den Frieden vollenden und befestigen werde. Die Diskussion ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges.“

Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand heute mehr als das Geschick Frankreichs liegt, von deren Entschlossen die Ruhe und Besriedung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen mögen, daß es auch sehr gut, den Frieden zu wollen, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für einen wirklichen Frieden zu geben. (Züricher Beifall und Handklatschen.)

### Stresemanns Verständigungswille.

Paris, 11. Sept. Reichskanzler Dr. Stresemann gewährte dem Berliner Korrespondenten der „Völkischen Nachrichten“ ein Interview, dem wir folgendes im Auszug entnehmen:

Dr. Stresemann sagte, die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik sei zunächst die Sanierung des Wirtschaftslebens. Infolge der Verhältnisse im Innern sei diese Sanierung auf organischem Wege schwer vorwärts zu bringen. In Anbetracht der Verhältnisse an der Ruhr könne als Zielpunkt der finanziellen Aufrechterhaltung lediglich die Herstellung der Balance der öffentlichen Einnahmen, nicht aber des Gesamtstaats in Aussicht genommen werden. Aber auch hier könne es sich nur um Maßnahmen handeln, die einfach sind und möglichst sofort, sowohl zur Stützung der Mark, sowie zur Schaffung einer neuen Währung Verwendung finden können. Wir werden

## Frankreichs Einstellung zu den Berliner Besprechungen.

### Die französische Presse in Schwulst.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 12. September. Die französische Presse empfindet einige Schwierigkeiten, die deutsch-französisch-belgischen Unterhaltungen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, klar zu formulieren und zu bewerten. Es gilt, den Grundsat, daß keine Verhandlungen mit Deutschland stattfinden dürften, bevor die passive Widerstand eingestrichelt ist, mit der Tatsache zu vereinigen, daß bereits jetzt vor Einstellung des Widerstandes Unterhaltungen stattgefunden haben; es gilt darüber klar zu werden, daß zunächst einmal eine Aussprache über die Einstellung des passiven Widerstandes vonnöten ist und es gilt, diese vagen Begriffe in einer, da man ja das Wort „Verhandlungen“ vermeiden will, privaten Sondierung durch offizielle Persönlichkeiten zu erklären.

Die Blätter sind sich darüber einig, daß Stresemann nicht geizig ist, ins Klare hinein einzeln die Verordnungen und Erlasse zurückzugeben, die den Widerstand der Ruhrbevölkerung gegen die Aktion der französisch-belgischen Besatzungsbehörden unterstüzt haben. Andererseits ist Poincaré auf die Einstellung des passiven Widerstandes durch seine öffentlichen Erklärungen festgelegt. Was Stresemann unangenehm ist, schreibt der „Matin“, ist offensichtlich die Zurückziehung der Verordnungen, die den Aufbruch gegen den Friedensvertrag angeheben und gerechtfertigt haben, ohne daß er in parlamentarischen Kreisen zugleich die Versicherung abgegeben kann, daß Unterhaltungen von praktischer Nützlichkeit möglich geworden sind. Es geht aus die Weise zu machen, einen neuen Botschafter in Paris zu ernennen, ohne der Fortsetzung der Verhandlungen über zu sein. Stresemann mußte aber dies über sich ergehen lassen. Man verhandelt nicht mehr über die Ausdehnung des Vertrages mit einer Regierung, die eine besondere Beachtung anstrebt, dazu bestimmt, diesen Vertrag unmöglich zu machen. Hier liegt die Schwierigkeit.

Der „Matin“ gibt damit der Auffassung zahlreicher politischer Kreise Ausdruck. Er fährt fort: Stresemann könnte noch so geschickt sein, so würde er doch niemals die Mittel finden, Frankreich die notwendige Genehmigung durch Einstellung des Widerstandes zu geben und gleichzeitig seine Gegner von der deutschen Rechte in dem Glauben zu lassen, er habe die irrtümliche Politik seines Vorgängers nicht dementiert. Wie die Mehrzahl der Blätter, so meint auch der „Matin“, daß die Unterhaltungen andauern, und erwartet von der heutigen Rede Stresemanns, der man hier übrigens mit großer Ungeduld entgegensteht, einen weiteren Versuch, den Stand der öffentlichen Meinung über die Notwendigkeit des Augenblicks zu erkunden.

## Eine große politische Rede Mussolinis im Ministerrat.

### Korfu, Triume und das Ruhrgebiet.

Rom, 12. Sept. (Wiedergabe der Agenata Stefani.) Im Ministerrat führte Mussolini aus: Die auswärtige Lage stellt sich von folgenden Seiten dar, die eine aufmerksame Würdigung erfordern: Der italienisch-griechische Konflikt hat sich der Phase der Ausföhrung der Sanktionen genähert. Die Botschafterkonferenz hat in der Hauptfrage die im ersten italienischen Ultimatum enthaltenen Forderungen angenommen, und die feste Haltung Italiens hat ein Eingreifen des Völkerbundes verhindert.

### Korfu

wird, wie wiederholt erklärt worden ist, geräumt werden, sobald die Forderungen der Botschafterkonferenz ausgearbeitet worden sind. Das ist vollkommen korrekt. Niemand kann in irgend einer Weise an der italienischen Position zweifeln. Sobald die Reparationen ausgereicht sein werden, wird Italien die Insel räumen, die einfach als Pfand besetzt wurden. Ein gewisses Drängen von manchen Seiten im Ausland ist inopportun, tendenziös und selbst kränkend. Die öffentliche Meinung einiger Länder nahm im ersten Augenblick eine feindselige Haltung gegenüber der notwendigen und berechtigten Aktion der italienischen Regierung ein. Gegenwärtig ist sie im Begriff, ihr Urteil und ihre Sprache zu ändern. Außerdem hat man angesichts des herrlichen Anblicks moralischer Einmütigkeit, den unser Volk bei allgemein anerkannt, daß unsere auswärtige Politik glücklicherweise überwinden hat, die eine sehr ernste Entwicklung hätte nehmen können. Jetzt braucht man in Italien und in Korfu nur abzuwarten, daß Griechenland restlos seine Pflicht erfüllt.

Winkeltätig der Frage von Triume erinnere ich an die letzten Vorfälle. Am 11. August beendete die paritätische Kommission ihre Arbeiten und unterbreitete die Ergebnisse den beiden Regierungen. Die italienische Regierung teilte der südlawischen mit, daß man bis zum 15. September angeht, das ungeheure materielle und moralische Unbehagen in Triume zu einer Regelung gelangen müsse. Trotzdem die italienische Regierung schon Entschlossenheiten gezeigt hatte, machte sie einen letzten und durchaus billigen Vorschlag an die Belgrader Regierung, die der südlawische Gesandte in Rom, Antoniowitsch, übermittelt hatte. Bis heute ist keine Antwort eingetroffen. Jedes Urteil ist daher bis jetzt verfrüht. Es besteht immer noch die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung ohne Schiedsspruch, vor allem dann, wenn die Belgrader Regierung die Beziehungen zwischen beiden Völkern von einem weniger engen und weniger störrisch bearbeiteten Gesichtspunkte aus zu

schon geht, fuhr der Kanzler fort, eine wesentliche Vereinfachung und Ueberblicklichkeit des Steuerwesens, das keineswegs eine Verabminderung bedeuten soll, vorbereiten. Da wir in Deutschland den Weltmarktpreis zum Teil bereits überschritten haben, so soll die Rohstoffenergie herabgesetzt werden, um der Industrie wenigstens die geringen Exportmöglichkeiten zu erhalten, die ihr noch geblieben sind. Weiter sagte Stresemann: Mit der Wehrpflicht des Besitzes muß auch die Wehrpflicht der Arbeit Hand in Hand gehen. Die Frage der werbeitändigen Löhne muß in diesem Zusammenhang gelöst werden. Aber die Löhne dürfen dabei nicht in einer Weise in die Höhe geföhrt werden, die völlig konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt macht.

Dr. Stresemann kam dann auf das Verhältnis des Reiches zu den Ländern zu sprechen und erklärte, heute würden diese Verhältnisse durch die ganz verschiedene parteipolitische Einstellung erschwert, wie dies z. B. in der Regierungszusammensetzung Bayerns und Sachsens zum Ausdruck komme. Viel werde hier an Spannung befestigt werden können, wenn die Absicht des Reiches durchgeföhrt wird, den Ländern den größten Teil ihrer finanziellen Selbständigkeit wiederzugeben.

Auf das Gebiet der Außenpolitik übergehend, schnitt der Kanzler die Ruhrfrage an und sagte: Alle unsere finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen können uns nicht helfen, wenn das Volk im Westen nicht endgültig umgestimmt und dort wieder produktiv zugunsten der deutschen Wirtschaft gearbeitet wird. Die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich kann nur innerhalb des gesamten Reparationsproblems gelöst werden. Es kommt vor allen Dingen darauf an, eine Form zu finden, in der den Interessen beider Teile Rechnung wird. Zum Schluß bemerkte der Kanzler, daß es für Deutschland keine internationale Rhein- und Ruhrfrage gebe. Hier ist die Grenze für unseren Willen, zum Frieden zu gelangen. Wird sie von den anderen nicht respektiert, dann sehe ich, das erkläre ich schon heute, keinen Weg zur Besserung. Dann erwartete uns, aber auch andere Länder weiteres Unheil und weitere Zerstörung.“

### Die drei Möglichkeiten für England.

London, 12. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die britische Regierung werde sehr bald zu entscheiden haben, welche Politik sie zu verfolgen habe, falls der passive Widerstand im Ruhrgebiet einseitig und deutsch-französische Verhandlungen eingeleitet würden. Es schienen drei Alternativen zu bestehen:

1. Großbritannien könne auf einer allgemeinen Konferenz zwischen den Alliierten bestehen.
2. es könne direkt und separat mit Deutschland über seinen eigenen Reparationsanteil verhandeln und zugleich seine Forderungen mit Bezug auf die alliierte Schuld aufrechterhalten und
3. es könne zu einer Politik der Isolierung zurückkehren, auf die Reparationen verzichten und auf der vollen Bezahlung der alliierten Schulden bestehen. (W. T. B.)

London, 12. September. Die englische Presse widmet sich ihrer Aufmerksamkeit der Ruhrfrage, deren Krise eine Entscheidung unauflöslich mache. „Daily Telegraph“ erklärt offiziell, die Einstellung des passiven Widerstandes würde die Neuprüfung einer völlig veränderten Lage bedingen, wobei gewisse englisch-französische Schwierigkeiten leider beständen. „Morning Post“ fordert natürlich eine schleunige Verständigung mit Frankreich, während der „Manchester Guardian“ ausgesprochen pessimistisch urteilt und sogar bezweifelt, ob eine internationale Kommission zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands noch Zweck habe. Das Blatt befürchtet, die englische Regierung lasse die Dinge steuerlos auf eine Klippe zutreiben.

### Angebliche amerikanische Anleihepläne.

Eine Milliarde Dollars zur Rettung Deutschlands. New York, 12. Sept. (Durch Funkdruck.) Die „New York Times“ veröffentlicht einen längeren Artikel, nach dem in New Yorker finanziellen Kreisen verlautete, eine Anleihe von einer Milliarde Dollars zur Rettung Deutschlands vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch werde einen der hauptsächlichsten Gegenstände der Erörterungen der internationalen Bankerwelt bilden, falls in der Ruhrfrage ein Abkommen zustande komme und eine Einigung mit den Alliierten erfolge. Ein Viertel der Anleihe werde wahrscheinlich den amerikanischen Bankiers zur Zeichnung angeboten werden. Der industrielle Besitz Deutschlands und die von anderen europäischen Nationen zu leistenden Garantien würden die Sicherheit für die Anleihe bilden. Der Plan, der gegenwärtig von einer Anzahl amerikanischer Bankiers erwogen werde, lege die Einsetzung eines Generalkommissars des Völkerbundes vor, der die Verwendung der aufzubringenden Mittel überwachen soll. Eine Reihe von Finanzhülfern hege vollkommenes Vertrauen dazu, daß es gelingen werde, die Anleiheküde zu begeben.

würdigen versteht. Immerhin wird im gegebenen Augenblick an der Hand der Dokumente nachgewiesen werden, wie die italienische Regierung in allem Glauben und mit Euphorie gehandelt hat. Hinsichtlich des Reparationsproblems und der Lage im Ruhrgebiet

erklärte Mussolini: In meinen vorhergehenden Äußerungen spielte ich auf die Möglichkeit einer Entspannung an, die sich besonders nach der Rede Stresemanns in Stuttgart verhärtete. Ich glaube, vorausgesetzt zu können, daß der bevorstehende Beginn einer Lösung nicht leicht sein wird angesichts der Verwickeltheit der Fragen, der Hindernisse und der Interessen, die auf dem Spiele stehen. Aber der Horizont wird sich aufklären. Der passive Widerstand hat weder einen Sinn, noch bringt er Nutzen. Ich fortzusetzen, würde bedeuten, daß man sich absichtlich in eine Katastrophe stürzen will. In diesem Sinne ist die italienische Regierung vortheilhaft geworden, um Berlin zu überzeugen. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß Italien auch in dieser Phase unmittelbar interessiert ist, die man als die Phase der Entspannung in der Ruhrfrage bezeichnen könnte, und daß die Interessen Italiens bei einer Regelung sorgfältig gewahrt werden würden.

Nach zweistündiger Beratung, an der fast alle Minister teilnahmen, billigte der Ministerrat einstimmig Mussolinis Entscheidungen und seine Haltung. Auf den Vorschlag von Diaz beauftragte der Ministerrat, dem König ein Dekret zu unterbreiten, in dem eine Entschädigung zur Enttarnung an die Opfer des Mordes von Janina vorgeesehen ist. (W. T. B.)

### Verdoppelung der steuerfreien Beträge.

Einkommen bis 170 Millionen steuerfrei. Berlin, 12. Sept. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ wird das Reichsfinanzministerium zum 15. September eine weitere Ermäßigung für den Steuerabzug einbringen lassen. Es beabsichtigt, die steuerfreien Beträge zu verdoppeln, so daß künftig ein Einkommen von rund 170 Millionen pro Monat bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern steuerfrei wäre.

### Die Reichsindexziffer für 10. September.

Berlin, 12. Sept. Die Reichsindexziffer in der zweiten Septemberwoche für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Beleuchtung) betraufte sich nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes für den 10. September auf 161,046. Die Steigerung gegenüber der Ziffer für die Vorwoche (145,261) beträgt somit 17,7 Prozent. (W. T. B.)